



**Geschäftsführung
Betriebsausschuss
Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt
Köln**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 08.08.2011

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 30.06.2011, 15:30 Uhr bis 18:10 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Dr. Sabine Müller GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher	SPD	
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Dagmar Paffen	SPD	
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU	
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Frau Sylvia Laufenberg	FDP	stellvertretend für Herrn Dr. Albach
Herr Klaus Arlt	Pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Heinz Peter Fischer Die Linke.Köln bis 17:30 Uhr

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Barbara Albat auf Vorschlag der SPD

Herr Wilfried Becker SPD-Fraktion

Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD	
Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU	
Herr Josef Druckenmüller	auf Vorschlag der CDU	
Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen	bis 17:45 Uhr
Herr Frank Kraus	(FDP) auf Vorschlag der Grünen	
Herr Mike Pöhler	FDP	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Käthe Reiff auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Brigitte Grosser auf Vorschlag pro Köln
Herr Dieter Koberg auf Vorschlag der Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Röttger- Schulz auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Verwaltung

Herr Manfred Kaune
Frau Anke Ludwig
Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr Günther Strauß stellvertretend für Herrn Dr. Drösemeier
Herr Peter Winkels

Schritfführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Rolf Albach FDP vertreten durch Frau Laufenberg

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Heribert Resch CDU
Herr Michael Gybas auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Ute Saher auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
Herr Fatih Turan KIM
Frau Minu Nikpay KÖBES

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 2 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 3 Mündliche Anfragen**
- 4 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung**
- 5 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 6 Mitteilungen**
 - 6.1 Aktueller Sachstand zur Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes 1664/2011
 - 6.2 Berichtswesen für den Eigenbetrieb AWB der Stadt Köln 1986/2011
 - 6.3 Optimierung des Winterdienstes für die Stadt Köln 2262/2011/1
- 7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln**

II. Nichtöffentlicher Teil

- 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 9 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 10 Mündliche Anfragen**
- 11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 12 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 13 Vergaben**
- 14 Mitteilungen**
- 15 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln**

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

Keine.

2 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

Keine.

3 Mündliche Anfragen

Keine.

4 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung

Keine.

5 Allgemeine Beschlussvorlagen

Keine.

6 Mitteilungen

6.1 Aktueller Sachstand zur Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes 1664/2011

Der Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6.2 Berichtswesen für den Eigenbetrieb AWB der Stadt Köln 1986/2011

Der Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6.3 Optimierung des Winterdienstes für die Stadt Köln 2262/2011/1

Beigeordnete Frau Reker erläutert kurz den Hintergrund der Mitteilung. Sie geht auf die Rahmenbedingungen, die in Zukunft für den Winterdienst gelten könnten, ein und informiert über die Arbeitsgruppe, die sich aus allen Winterdienstverpflichteten zusammensetzt und einen DV-gestützten Plan aller Flächen entwickelt, die vom Winterdienst betroffen sind und aus dem man erkennen könne, wer für welche Fläche zuständig sei. Dieser könne heute noch nicht abschließend präsentiert werden. Auch müsse die bei den AWB für die Angebote vorliegende Kalkulation im Verfahren noch

weiter entwickelt werden. Frau Reker betont, dass unter diesen Bedingungen eine rechtzeitige Beschlussvorlage nicht möglich war.

Inzwischen habe die AWB für den kommenden Winter eine Winterdienstwartung für zunächst 300 Bushaltestellen angeboten. Dadurch würde sich der finanzielle Rahmen im ersten Jahr auf ca. 830.000 € verringern. In den Folgejahren würde der Winterdienst auf alle Bushaltestellen ausgeweitet, so dass dann – neben den sonstigen zusätzlichen Leistungen - die genannte Summe von 1,5 Mio. € erreicht werde.

Ein weiterer Knackpunkt sei die Salzbevorratung, da man von keinem planbaren Winterwetter ausgehen könne. Die AWB plane mit einer Laufzeit von über 10 Tagen. Das bedeute, wenn 10 Tage lang massives Winterwetter ohne Tauperioden vorherrsche und die zweite Säule dieser Salzbevorratung nicht funktioniere, also kein Nachschub käme, wäre nach 10 Tagen der Salzvorrat verbraucht.

Sie würde es begrüßen, wenn sie vom Betriebsausschuss nicht nur heute das Mandat bekäme, mit den AWB im Sinne der Mitteilung weiterzuverhandeln, sondern wenn sie ebenfalls ein Votum erhielte, welches Risiko Stadt und AWB bei der Salzbevorratung gemeinsam eingehen wollen. Denn alles, was die AWB betreffe, gelte ebenso für die Winterdienstverpflichteten der Stadt. Sie befürworte es, wenn hier einheitlich agiert werde.

Daher sei es für die Verwaltung wichtig, dass sie den Verhandlungsrahmen vom Betriebsausschuss bekomme, da es wiederum für die AWB wichtig sei, die Räume für die Bevorratung anzumieten. Dies habe sich ebenfalls in dieser Woche konkretisiert. Der in der Mitteilung genannte Betrag seien Kosten für die Begleichung der Lagerkapazität für 6.000 t Salz, also nicht die Beschaffungskosten.

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller fasst zusammen, dass zu Punkt 1.1.1 der Mitteilung sich etwas geändert habe, nämlich, dass nicht alle Bushaltestellen im Winter gewartet würden, sondern zunächst in einer ersten Stufe nur 300.

Außerdem sei Punkt 1.1.8, Streustoffmanagement, angesprochen worden. Frau Dr. Müller regt eine Kostengegenüberstellung dieser Bevorratung von 6.000 t an, um das Risiko besser einschätzen und einen Beschluss fassen zu können. Die bisher eingelagerte Menge von 2.000 t sei zu wenig. Nach ihrer Auskunft sei die Empfehlung aus dem Symposium eine Menge für 7 volle Tage, also 4.000 t. Vorausgesetzt, die 2. Säule (die rechtzeitige Nachlieferung) greife und das Management werde deutlich verbessert, sei man mit dieser Menge schon auf der sicheren Seite.

RM Herr Bacher betont, die SPD-Fraktion ermuntere die Verwaltung, weiterhin den Dialog mit den AWB zu pflegen. Es sei deutlich geworden, dass noch einiges offen ist, so dass die SPD-Fraktion noch nicht in der Lage und bereit sei, zu den Salzmengen eine Aussage zu machen. Die Aussage in der Mitteilung, dass die Salzbevorratung zum Risiko der AWB gehöre, sollte die Verwaltung untermauern. Die SPD-Fraktion könne dies nur unterstützen. Nach Abschluss der Diskussionen erwarte man von der Verwaltung eine beratungsfähige Vorlage.

Die Politik interessiere auch die Haltung des Aufsichtsrats der AWB. Er begrüße die Mitteilung, die eine frühzeitige Befassung mit dem Thema ermögliche und bitte, die Politik weiter auf dem Laufenden zu halten.

Die Beigeordnete kündigt eine Beschlussvorlage für die Zeit nach der Sommerpause im Vorlauf für die Ratssitzung im Oktober an. Die AWB müssten allerdings jetzt schon im Vertrauen darauf, dass die mit der Verwaltung geführten Verhandlungen Bestand haben, Investitionen tätigen und Lagerräume anmieten. Diese Situation sei ebenfalls im Aufsichtsrat besprochen worden. Auch dort schien ihr das Vertrauen in die Verwal-

tung und die Politik vorzuherrschen, auf diesem Weg weiterzugehen, wenn von der Politik das entsprechende Signal komme. Wenn erst im Oktober von Seiten der AWB damit begonnen werde, sei es zu spät. Die Verwaltung wiederum müsse die Zahlen kennen, um sie in den Haushalt einzustellen.

Dem stimmt die Ausschussvorsitzende zu. Wenn die AWB erst nach dem 13.10.2011 mit den Planungen beginnen und im November Schnee falle, gebe es ein Problem.

Herr Bürgermeister Bartsch schließt sich dieser Aussage ebenfalls an. Man müsse auch berücksichtigen, dass sich die AWB aufgrund der Situation im letzten Winter anders aufgestellt habe. Offensichtlich seien schon Anmietungen erfolgt, die eine bestimmte Lagerkapazität vorgeben. Er bittet Herrn Winkels um genauere Information. Gleichzeitig sei er der Auffassung, dass man sich nicht so sehr auf bestimmte Mengen fokussieren sollte, da man beim Vergleich mit anderen Städten am unteren Ende liege. Es gehe aber auch nicht darum, unendlich viele Mengen zu bevorraten, sondern sachgerecht vorzuhalten und dann die notwendigen Mengen parat zu haben.

RM Frau Dr. Müller fragt, wer die Lagerkosten trage.

RM Herr Brust informiert zur Haltung des Aufsichtsrats. Die AWB gingen davon aus, dass sie das Salz bezahlen und die erhöhten Lager- und Logistikkosten von der Stadt Köln getragen werden, weil die Salzlagerung nur für den Dienst tagsüber gesetzlich vorgeschrieben sei und nachts keine Winterwartung erfolgen müsse. Wenn man jedoch aufgrund des geänderten Mobilitätsverhaltens der Kölner Bevölkerung auch nachts streue, gingen die AWB davon aus, dass der Auftrag ausgeweitet und mehr Lagerfläche angemietet werden müsse. Dies sollte die Stadt Köln mit den AWB verhandeln.

Man sei sich im Aufsichtsrat weitgehend darüber einig, dass man den Empfehlungen der Stadt Köln folgen und die Beigeordnete beauftragen wolle, auf dieser Grundlage mit den AWB alle Verträge vorzubereiten und die Finanzierung im Haushalt sicherzustellen.

In einem Punkt weiche man von dem Angebot der AWB ab. Diese biete als Pilotprojekt eine Winterwartung für Anliegerstraßen an. Das habe man im Aufsichtsrat als nicht sinnvoll betrachtet, weil dies für alle Anliegerstraßen unbezahlbar würde.

Eine Reinigung der Bushaltestellen durch die Anlieger sei auf Dauer nicht zumutbar und sollte von der Stadt Köln bzw. den AWB übernommen werden. Er bitte die Verwaltung, ebenfalls bei den Verhandlungen zu prüfen, ob nicht tatsächlich die KVB diese Kosten tragen sollte. Schon allein aus Steuerersparnisgründen sei es sinnvoll, wenn die Stadtwerke bzw. die KVB dies direkt bezahlten.

RM Herr Dr. Fladerer bittet zum Thema "Schulbushaltestellen" bis zur endgültigen Beschlussvorlage zu klären, was genau darunter zu verstehen sei, wie viel Schulbushaltestellen es gibt und wo sie sich befinden. Was die Anliegerstraßen betreffe, habe man im Aufsichtsrat diskutiert, zunächst die Ungleichbehandlung zwischen den Anliegerstraßen im Linksrheinischen und denen im Rechtsrheinischen aufzuheben, indem alle bisherigen Straßen in der Planstufe 3 gestrichen werden. Dann sollen sowohl links- wie rechtsrheinisch die Zubringerstraßen in die einzelnen Wohnquartiere gleichmäßig in die Planstufe 3 aufgenommen werden.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen und der Verwaltung einen Auftrag zu erteilen, auf Basis der Mitteilung und der Diskussionsbeiträge weitere Verhandlungen mit den AWB zu führen, damit ein zeitnaher Beschluss gefasst werden könne. Alternativ könne man die Mitteilung einfach zur Kenntnis nehmen und die Verwaltung habe das Protokoll, um weiterarbeiten zu können.

Über den Vorschlag und das weitere Verfahren wird ausgiebig diskutiert.

RM Herr Brust erklärt, er habe alle Fraktionen im Aufsichtsrat so verstanden, dass sie die Leistungsausweitung vor allem auf die Bushaltstellen wollen und man sich darüber klar sei, dass dies 830.000 € koste und das auch im Haushalt sichergestellt werden solle. Wenn man sich darüber einig sei, könne man die Verwaltung beauftragen, in dieser Richtung weiter zu verhandeln.

RM Frau Laufenberg schlägt vor, die Diskussion zu beenden, die Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen und eine Hauptausschusssitzung im Sommer vor dem Rat zu beantragen. Dort könne über die bereits existente Beschlussvorlage beraten und beschlossen werden, so dass der Rat im Oktober nicht mehr entscheiden müsse und die Verwaltung die Möglichkeit habe, die AWB auf der Grundlage dieses Beschlusses im Hauptausschuss zu beauftragen.

Die Ausschussvorsitzende erklärt, es sei keine Beantragung einer Hauptausschusssitzung notwendig, da er sowieso beteiligt werde. Bei einer Beratung im Sommer werde zwar der Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln übergangen. Sie biete jedoch den Vorteil, nicht bis zum Oktober auf die Ratssitzung warten zu müssen. Danach schließt sie die Diskussion ab.

Der Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

Keine.

gez. Dr. Sabine Müller
(Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)